

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion <i>Bündnis 90 / DIE GRÜNEN</i>
Betreff Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 01 Sonderprogramm Solidarisch Sanieren. 5 Jahre Steuererhöhung.

Ein Sanierungsstau in Höhe von 318 Mio. EUR alleine an Schulgebäuden ist ein unhaltbarer Zustand für unsere Kinder. Zu lange wurden notwendige Investitionen auf die lange Bank geschoben – selbst in Zeiten sprudelnder Kassen bei der Stadt. Dieses falsche Sparen hat die Folge untragbarer hygienischer Zustände, bedenklicher Sicherheitsmängel und motivationsstörender Klassenzimmer an den meisten Schulen.

Da die Mehrheit des Gemeinderats mit Unterstützung des Oberbürgermeisters weiterhin an teuren Tunnelprojekten festhält, bleibt kein anderer Weg, als den Sanierungsstau durch Belastung aller Stuttgarter Bürger solidarisch auf alle Schultern zu verteilen.

Diese Verantwortung für Kinder und Jugendliche müssen wir im Interesse der Zukunft Stuttgarts gemeinsam tragen. Deswegen schlagen wir ein Sonderprogramm Sanierung unserer „Bildungshäuser“ vor.

Dieses Sonderprogramm wird finanziert durch die Erhöhung der Grundsteuer um weitere 50 Punkte auf einen Hebesatz von dann 520 Punkte. Mit diesem Wert läge die Stadt auf dem Durchschnitt der deutschen Städte über 300.000 Einwohner.

Diese Erhöhung führt zu jährlichen Mehreinnahmen in Höhe von 13,7 Mio. EUR. Mit diesen Mehreinnahmen wollen wir ein Investitionsvolumen in Höhe von 150 Mio. EUR finanzieren.

Wir wollen sicherstellen, dass dieses Geld der Bürger ausschließlich für Sanierungen an Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen verwendet wird. Und wir wollen sicherstellen, dass am Ende des Sanierungsprogramms ein Großteil der neuen Schulden wieder abbezahlt ist. Sonst tragen die Kinder, für die saniert wird, die Schuldenlast.

Bei einem angenommenen Zinssatz von 4 Prozent und einer Tilgung von 5 Prozent jährlich ergibt sich überschlägig eine Laufzeit von 15 Jahren. In absehbarer Zeit wäre somit mehr als die Hälfte des Sanierungsstaus abgearbeitet.

Wir beantragen:

1. Die Grundsteuer wird um weitere 50 Punkte auf einen Hebesatz von 520 Punkten erhöht.
2. Ein Sonderprogramm für die Sanierung von Schulhäusern und Kinderbetreuungseinrichtungen im Umfang von 150 Mio. EUR wird über diese Grundsteuererhöhung finanziert und über den Zeitraum von 15 Jahren getilgt.

3. Das Sonderprogramm wird im Verhältnis 2 : 1 Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen, wie in den Haushaltsanträgen „Sonderprogramm Schulen“ und „Sonderprogramm Kinderbetreuungseinrichtungen“ dargestellt, verwendet.
4. In fünf Jahren wird überprüft, ob die erhöhte Grundsteuer zur Finanzierung des Programms noch erforderlich ist, oder ob diese über den normalen Haushalt erfolgen kann.
5. Zur Umsetzung des Investitionsprogramms wird eine den Erfordernissen entsprechende Organisationsstruktur „Immobilienmanagement“ mit externer Unterstützung geschaffen.



Muhterem Aras



Werner Wölfle

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Betreff

Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 02

Weitere Überprüfungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung

I Vergnügungssteuer

750.000 EUR

Innerhalb der letzten zehn Jahre hat sich die Zahl der Spielhallen in Stuttgart verdoppelt. Die Suchtexperten sind alarmiert, da das Automatenpiel das höchste Suchtpotenzial unter den Glücksspielen innehat. Um die Attraktivität der Spielhallen zu mindern, fordern wir die Umstellung der Besteuerungsgrundlage vom Wahrscheinlichkeitsmaßstab auf den Wirklichkeitsmaßstab und die Festsetzung des Vergnügungs-Steuersatzes auf 18 Prozent (Beispiel Stadt Ludwigsburg). Nach Einschätzung von Steuerexperten sind damit gegenüber dem Verwaltungsvorschlag im Konsolidierungskonzept jährliche Mehreinnahmen verbunden in Höhe von 750.000 EUR.

II Erhöhung Parkentgelte und Parkgebühren:

648.000 EUR

Für die Benutzung städtischer Parkplätze und Parkhäuser sind für 2010 und 2011 jeweils rd. 2,3 Mio. EUR veranschlagt.

Im gleichen Umfang, wie die Tarife im VVS gestiegen sind, sollten auch die Parkgebühren steigen. Die letzte Erhöhung der Parkgebühren in der Innenzone trat zum 01.01.2006 in Kraft (Außenzone: 01.01.2002). Seit dieser Zeit hat sich das durchschnittliche VVS-Ticket um 18 Prozent erhöht. Mit der Erhöhung der Parkgebühren folgen wir einem Vorschlag aus dem Luftreinhalte- und Aktionsplan des Regierungspräsidiums. Das RP forderte gar 5 EUR pro Stunde.

Wir beantragen:

1. Die Gebühren für das Parken im öffentlichen Verkehrsraum werden statt um 10 Prozent um 18 Prozent angehoben. Mehreinnahmen in Höhe von ca. 190.000 EUR.
2. Die Parkentgelte auf städtischen Parkplätzen und in städtischen Parkgaragen werden um 18 Prozent angehoben. Dies führt zu Mehreinnahmen in Höhe von 414.000 EUR.
3. Die sogenannte Brötchentaste (sprich 30-minütiges kostenloses Parken) wird abgeschafft. Mehreinnahmen in Höhe von mind. 44.000 EUR

III Aufhebung des kostenlosen Parkens in der Rathausgarage 80.000 EUR

Klimaschutz, Luftreinhaltung, Förderung des ÖPNV, Haushaltssanierung – viele gewichtige Gründe sprechen dagegen, dass die Stadt zu Sitzungen und Veranstaltungen im Rathaus Mitgliedern der Ratsgremien und Gästen kostenlose Parkplätze zur Verfügung stellt. Sie fördert dadurch nicht nur den motorisierten Individualverkehr in der Stadt, sondern benachteiligt gleichzeitig auch Fußgänger, Radfahrer, Bus- und Bahnfahrer. Das passt nicht mehr in die Zeit!

Wir beantragen:

1. Parken in der heutigen Rathausgarage und in allen anderen städtischen Parkhäusern ist grundsätzlich kostenpflichtig.
2. In Einladungen zu Gremiensitzungen und Veranstaltungen wird der Hinweis auf kostenloses Parken ersetzt durch die ausdrückliche Bitte, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Mehreinnahmen ca. 80.000 EUR spätestens nach Fertigstellung der neuen Garage

IV Mobile Geschwindigkeitsüberwachung 100.000 EUR

Mit Investitionen in Höhe von 175.000 EUR für einen Messwagen und technische Betreuung sowie 4 Stellen für Überwachung und Bußgeldstelle lassen sich voraussichtlich 20.000 Verkehrs-Verstöße pro Jahr ahnden. Die Kosten für die mobile Geschwindigkeitsüberwachung tragen sich dadurch nicht nur selbst, sondern führen zu voraussichtlichen Mehreinnahmen in Höhe von 100.000 EUR pro Jahr.

V Stabsstellen 150.000 EUR

In der Maßnahmenübersicht des Haushaltssicherungskonzepts sind zahlreiche Stabsstellen unterrepräsentiert. Wir sehen auch im Beauftragten-Wesen (von OB-ICG, OB-Int bis KBS/B.E) Einsparpotential. Ein Großteil dieser Aufgaben ist ausschließlich freiwillig. Da in dem Bereich der Anteil der Sachkosten gering ist, muss auch eine Bewertung über die Stablenausstattung erfolgen.

Wir beantragen:

Der sogenannte Stabsstellenbereich trägt jährlich mit Einsparungen in Höhe von 150.000 EUR zu den Einsparzielen bei. Diese werden zur Reduzierung der vorgeschlagenen Kürzung der Volksbildung bei der VHS verwandt.

VI Zuschüsse/Zuwendungen 100.000 EUR

Im Haushaltssicherungskonzept sind zahlreiche Kürzungen von Zuweisungen und Zuschüssen an Dritte aufgelistet. Nach unserer Kenntnis ist diese Auflistung nicht vollständig. Zum Beispiel fehlt der Zuschuss an die City Initiative Stuttgart (CIS).

Wir beantragen:

Die Verwaltung legt eine komplette Liste vor. Aus dieser Liste werden Einsparungen im Volumen von 100.000 EUR vorgeschlagen.

VII Verwendung

Die hier aufgeführten zusätzlichen Einnahmen dienen zur Abmilderung der Streichungen in den Bereichen Soziales und Kultur, wie beispielsweise Bücherbus etc.

Handwritten signature of Muhterem Aras in black ink.

Muhterem Aras

Handwritten signature of Werner Wölfle in black ink.

Werner Wölfle

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Betreff

Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 03

Sonderprogramm Schulen

Das Sonderprogramm „Schulhaus- und Kinderbetreuungseinrichtung-Sanierung“ (vgl. Antrag ‚Sonderprogramm Solidarisch Sanieren‘) wird mit 100 Mio. Euro ausgestattet. Wir haben exemplarisch die uns am dringlichsten erscheinenden Vorhaben aufgelistet.

„Überraschungen“ wie herabstürzende Decken oder umfangreichere Sanierungen, die sich erst während Sanierungen ergeben, passieren immer wieder. Daher sind größere Pauschalen notwendig, damit die Verwaltung flexibler reagieren kann. Kurz nach den Decken kommen die verwaahlsten WCs.

Gesamtsumme 100.000.000 EUR

I Sanierung von Schulgebäuden, -sportstätten beantragte, im Konjunkturprogramm nicht berücksichtigte Vorhaben

38.007.000 EUR

1. Jakobschule	437.000 EUR
2. Technische Oberschule	1.403.000 EUR
3. Rosensteinschule	2.150.000 EUR
4. Fuchsrainschule	2.963.000 EUR
5. GHS Gablenberg	502.000 EUR
6. Friedrich-Eugens-Gymnasium	1.300.000 EUR
7. RS Feuerbach	2.650.000 EUR
8. Neues Gymnasium	2.600.000 EUR
9. Kerschensteinerschule	1.100.000 EUR
10. Jahn-Sporthalle	350.000 EUR
11. Reisachschule	1.100.000 EUR
12. Helene-Fernau-Horn-Schule	1.105.000 EUR
13. Silcherschule / Haldenrainschule	3.475.000 EUR
14. Gottlieb-Daimler-Gymnasium	1.591.000 EUR
15. Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium	3.891.000 EUR
16. Jörg-Ratgeb-Schule	8.890.000 EUR
17. TVH Heumaden	2.500.000 EUR

II Besondere energetische Gesamtanierungen 9.148.000 EUR

1. Uhlandschule	860.000 EUR
2. Robert-Bosch-Schule	3.436.000 EUR
3. Österfeldschule	1.000.000 EUR
4. Tiefenbachschule	3.852.000 EUR

III Zwingende neue, gesetzliche Aufgaben im Rahmen der laufenden Bauunterhaltung: Pauschale 10.842.000 EUR

Für zwingende neue, gesetzliche Aufgaben im Rahmen der laufenden Bauunterhaltung wird eine Pauschale in den Haushalt 2010/11 eingestellt in Höhe von 10.842.000 EUR. Außerdem werden aus diese Pauschale dringliche Sanierungsmaßnahmen finanziert, die im Gefolge von Baumaßnahmen notwendig werden finanziert, wie aktuell das Schickhardt-Gymnasium.

IV Neue dringende Sanierungsmaßnahmen 28.113.000 EUR

Max-Eyth-Schule

Dachsanierung B-Bau, 2. BA, (ohne Umstrukturierungsmaßnahmen im UG noch nicht beziffert) 296.000 EUR

Robert-Mayer-Schule

Anbau eines Aufzugs 490.000 EUR

Gesamtanierung zentrale WC-Anlagen im

Zusammenhang mit Aufzugsanlage 190.000 EUR

Eberhard-Ludwigs-Gymnasium

Erneuerung der Fenster 950.000 EUR

Erneuerung Aufzugsanlage 400.000 EUR

Karls-Gymnasium

Einbau einer Mensa (Denkmalschutz) 917.000 EUR

Erneuerung der Fenster (Denkmalschutz) 651.000 EUR

Falkertschule

Fenstersanierung 1.200.000 EUR

Generalsanierung Turnhalle 1.150.000 EUR

Dillmann-Gymnasium

Turnhalle: Fenster/Fassadensan. u. technische Gewerke 1.700.000 EUR

Klassenbau/Verwaltungsbau Fenster- u. Fassadensan. (Rest) 1.500.000 EUR

Friedrich-Eugens-Gymnasium

Fenstersanierung Verwaltungsbau 330.000 EUR

Neubau Großturnhalle 6.270.000 EUR

Berger Schule

Fenster-/Deckensanierung Lehrschwimmbad (2. BA) 327.000 EUR

Johann-Friedrich-von-Cotta-Schule

Dachsanierung Stammklassenbau und Sanierung

Glasverbindungsbau (2. BA) 705.000 EUR

Ameisenbergschule

Sanierung Pavillon 1 und 2 (außen und innen) 931.000 EUR

Wilhelmschule Untertürkheim

Hauptgebäude: Fenster-/ Fassade Elektrosanierung 640.000 EUR

Abt. Nebelhornstr.: Fenster-/Fassaden-/ Elektrosanierung 420.000 EUR

Schule für Körperbehinderte

Gebäude Hengstäcker 5: Dachsanierung 370.000 EUR

Anne-Frank-Realschule

Flachdachsanierung Turnhalle und Pausenhalle 300.000 EUR

<u>Geschwister-Scholl-Gymnasium</u> Energetische Sanierung der Lüftungsanlage	426.000 EUR
<u>Fasanenhofschule</u> Hauptbau Sanierung Rest Fassade usw.	350.000 EUR
Unterklassenbau: Wärmedämmverbundsystem Fassaden-, Fenster- und WC-Sanierung	750.000 EUR
Atriumgebäude: Cafeteriaumbau (Projekt mit Caritas) und weitere Räume für Betreuung	250.000 EUR
<u>Hegel-Gymnasium</u> Fachklassenbau Fassadensanierung	5.500.000 EUR
<u>Paracelsus-Gymnasium</u> Fenster-/Fassadensanierung TH	600.000 EUR
<u>Rappachschule</u> Statikverbesserung des Turnhallendaches einschließlich Erneuerung der Sportpaneeldecke, Erneuerung Heizung und Elektro in der Turnhalle	500.000 EUR

V Sanierung / Neugestaltung Schulaußenanlagen 1.090.000 EUR

Der Schwerpunkt in der Sanierung und Neugestaltung von Schulaußenanlagen wird auf die Kernstadt gelegt, da in den stark verdichteten Innenstadtbezirken der Bedarf an Spiel- und Bewegungsflächen deutlich höher liegt.

Jakobschule, Schulhofgestaltung	120.000 EUR
Schwabschule, Neugestaltung Schulhof	300.000 EUR
Heusteigschule, Fortsetzung Schulhofsanierung	220.000 EUR
Johann-Friedrich-von-Cotta-Schule, Sanierung Kleinspielfeld	450.000 EUR

VI Neustrukturierung / Sanierung von naturwissenschaftlichen Fachräumen 4.800.000 EUR

VII Sanierung von Toilettenanlagen 8.000.000 EUR



Muhterem Aras



Werner Wölfle

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Betreff

Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 04

Sonderprogramm Kinderbetreuungseinrichtungen

Über das Sonderprogramm „Schulhaus- und Kinderbetreuungseinrichtungs-Sanierung“ (vgl. Antrag "Sonderprogramm Solidarisch Sanieren") werden folgende Sanierungsmaßnahmen im Kindertagesstättenbereich finanziert in einem Gesamtumfang in Höhe von

50.000.000 EUR

I Sanierung nachstehender Kindertageseinrichtungen unter städtischer Trägerschaft:

1. Feuerbach Weilimdorferstraße
2. Rot Löwensteinerstraße
3. Untertürkheim Ötztalerstraße

Investitionsmittel

7.661.000 EUR

Betriebskosten

1.181.450 EUR

II Sanierung nachstehender Kindertageseinrichtungen unter freier Trägerschaft:

1. Aktion Vorschulerziehung e.V.
2. St. Josef gGmbH
3. Kath. Kirchengemeinde Salvator
4. Ev. Gesellschaft
5. SAK Anna-Haag-Haus
6. TV Cannstatt
7. Ev. Kindertagesstätte Wurmlingerstr. 47
8. Kath. Kinderhaus St. Stephan
9. Tagheim Lukas
10. Gustav-Werner-Kindergarten Weilimdorf
11. Kita Andreästr. 13, Bad Cannstatt
12. Kindertagesstätte Haus für Kinder, Vaihingen
13. Verein der freien Waldorfschule am Kräherwald e.V.
14. Evang. Kirchengemeinde, bei Christuskirche, Möhringen

15. Kath. Kiga. St. Antonius, Burgstr. 25
16. Kath. Kindergarten Mariä Himmelfahr, Sprollstr. 186
17. Kath. Kindergarten St. Michael, Kleinhohenheimer Str. 19
18. Kath. Kirchengemeinde Salvator, Einr. Grubenäcker 149a
19. Kath. Kirchengemeinde Hl. Familie, Dürtlewangstr. 36, 70565 Stuttgart
20. Kath. Kirchengemeinde St. Peter, Winterbacher Str. 30-36, 70374 Stuttgart
21. Kath. Kindergarten "Abraxas", Reinsburgstr. 115, 70197 Stuttgart
22. PME Famileinservice GmbH, Schloßstr. 9870176 Stgt.
23. Kath. Kirchengemeinde Liebfrauen, Einr. Wiesbadener Str. 55, 70372 Stuttgart
24. WD-Schule Silberwald, Gorch-Fock-str. 30
25. Kindertagesstätte Maximilian Kolbe, Vaihingen
26. Rudolf Sophien-Stift, gGmbH, Leonberger Str. 220, 70199 Stuttgart
27. Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik Degerloch e.V.
28. Kath. Kindergarten St. Thomas Morus, Korianderstr. 34, Sillenbuch
29. Kindertageseinrichtung, Posener Str. 2, Bad Cannstatt
30. Kindertageseinrichtung, Walchenseestr. 36, 70378 Stuttgart-Hofen
31. Kath. Kindergarten St. Maria, Am Lehenweg 20, 70182 Stuttgart
32. Kindertageseinrichtung, Walchenseestr. 36, 70378 Stuttgart-Hofen
33. Kindertageseinrichtung, Elbestr. 39 (Kath. Kirchengemeinde St. Ottilia)
34. Kath. Kinderhaus St. Elisabeth, Schwabstr. 70C/74, 70197 Stuttgart
35. Kath. Kindergarten St. Nikolaus, Landhausstr. 65/67, 70190 Stuttgart
36. Kindertageseinrichtung, Falchstr. 11, 70378 Stuttgart
37. Kath. Kindergarten "Zum Guten Hirten", Erdmannhäuser Str. 23, 70439 Stuttgart
38. Kath. Kinderhaus "Wilde Wanne", Gebrüder-Schmid-Weg 9, 70199 Stuttgart
39. Kath. Kita Stierlenstr. 11 (Kath. Kirchengem.St. Johannes)

Investitionsmittel

20.861.640 EUR

Betriebskosten

3.277.840 EUR

III Sanierung nachstehender Jugendhäuser und Waldheime

1. Jugendhaus Obertürkheim 728.000 EUR
2. Jugendhaus Untertürkheim 404.000 EUR
3. Waldheim der Ev. Kirche in Zuffenhausen 400.000 EUR

Investitionsmittel

1.532.000 EUR

IV Pauschale

15.486.070 EUR

Für unvorhergesehene, aber dringend erforderliche Investitionsmaßnahmen wird eine Pauschale in Höhe von 15.486.070 EUR eingestellt.



Muhterem Aras



Werner Wölfle

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Betreff

Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 05

In der Krise nicht die Falschen treffen: Streichen ist nicht Sparen!

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise werden besonders im Sozialbereich spürbar werden. Die Anforderungen an unser soziales Hilfesystem werden deutlich zunehmen. Selbst in den „guten Jahren“ wurden im Sozialbereich die Anpassungen an Kostensteigerungen weder beim städtischen Träger noch bei den freien Trägern der Realität angepasst. So muss die Jugendhaus-Gesellschaft als Beispiel jährlich 12 Stellen unbesetzt lassen, weil ihr städtischer Zuschuss nicht ausreicht. Die Zahl der Mitteilungsvorlagen aus dem Sozialbereich, die zusätzliche Aufgaben und Ausgaben beschreiben, sind so hoch wie noch nie, vom Kinderschutz zur Schulsozialarbeit und so weiter. Der Aufgabenzuwachs ist nicht zu bestreiten. Wir sehen daher keine Möglichkeit, die vorgesehen Streichungen im Sozialbereich zu akzeptieren. Auch ein Gutachter wird nicht auf „verträgliche“ Lösungen kommen. Unter Berücksichtigung der Zielsetzung, die früher Jahr für Jahr hohen Steigerungsraten im Bereich der „Hilfen zur Erziehung“ auf jährlich 2,15 Prozent zu reduzieren, hat die konsequente Umsetzung des Projektes „Hilfen zur Erziehung“ dem städtischen Haushalt in den Jahren 2004 bis 2008 eine Ersparnis von rund 25 Mio. EUR erbracht (bei dieser Summe sind die zusätzlichen Kosten während der Projektphase in Höhe von 10 Mio. EUR bereits abgezogen). Dieses Projekt hat bewiesen, dass durch ein mit den beteiligten Trägern gemeinsam entwickeltes Konzept zu Kostenreduzierungen führt, ohne dass Leistungen für Kinder und Eltern reduziert werden mussten. Wir sind uns sicher, dass auch in anderen Feldern des sozialen Bereichs ähnliche Kostenreduzierende Projekte möglich sind. Dies lässt sich aber nicht extern, sondern nur gemeinsam und mit gründlicher Vorarbeit umsetzen.

Haushaltskonsolidierung

Die Erzielung von höheren Einnahmen wurde auch anderen Ämtern als Konsolidierungsbeitrag anerkannt. Daher hat das Jugendamt durch die Kita-Gebührenerhöhung (889.000 EUR) und den Krippenzuschlag (755.000 EUR) bereits einen Konsolidierungsvorschlag in Höhe von 1.644.000 EUR erbracht. Mit den Kürzungen bei der FamilienCard hat das Sozialreferat eine annähernd hohe Konsolidierungsquote wie andere Ämter / Referate auch.

Wir beantragen daher:

Die im Haushaltssicherungskonzept 2010/11 vorgesehen Kürzungen in den Ämtern des Jugendamtes, Sozialamtes und Gesundheitsamtes werden nur in Höhe der Reduzierung bei der FamilienCard, mithin 2.500.000 EUR akzeptiert.

FamilienCard

Die FamilienCard wird künftig so eingesetzt, dass sie Familien zugute kommt, die knapp oberhalb der BonusCard-Berechtigung liegen. Alle Kinder mit BonusCard erhalten das sogenannte „Ranzengeld“ in Höhe von jährlich 100 EUR. Wir haben für BonusCard-Berechtigte eine große Zahl von Gebührenbefreiungen eingeführt. Das ist auch gut so. Wir sollten daher die Freiwilligkeitsleistung der FamilienCard auf den Familienkreis konzentrieren, der leider die vollen Gebühren bezahlen muss, weil er knapp oberhalb der BonusCard-Grenze liegt.

Wir beantragen:

Die Verwaltung legt eine Berechnung vor, bis zu welcher Einkommensgrenze die FamilienCard dann gelten könnte.



Muhterem Aras



Werner Wölfle

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Betreff

Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 06

Neue Investitionsvorhaben an Stuttgarter Schulen

Verschiedene Schulen warten dringend auf neuen Turnhallen oder eine Mensa. Da über das Sonderprogramm der Sanierungsstau an den Schulen schrittweise abgebaut wird, steht hierfür Geld zur Verfügung.

Wir beantragen für

I	Neue Investitionsvorhaben an Stuttgarter Schulen	17.623.000 EUR
1.	Turnhalle und Schulerweiterung GHS Ostheim	632.000 EUR
2.	Schule für Körperbehinderte Vier Interimsräume	450.000 EUR
3.	Königin-Charlotte-Gymnasium (Mensa)	1.460.000 EUR
4.	IT-Schule	2.250.000 EUR
5.	Friedrich-Eugens-Gymnasium (Großturnhalle)	6.270.000 EUR
6.	Lindenschulzentrum (Linden-Realschule und Württemberg-Gymnasium)	5.561.000 EUR
7.	Planungsmittel für weitere Maßnahmen	1.000.000 EUR
II	Einrichtung und Betrieb von Ganztageschulen	8.320.000 EUR
6.	Bachschule	1.460.000 EUR
7.	GHS Gablenberg 1.BA	2.800.000 EUR
8.	Rosensteinschule 1.BA	4.060.000 EUR



Muhterem Aras



Werner Wölfle

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Betreff

Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 07

Neue Investitionsvorhaben an Stuttgarter Kinderbetreuungseinrichtungen

Im Bereich der Kinderbetreuungseinrichtungen werden in den Jahren 2010/11 neue Investitionen notwendig.

I Investitionen und Betriebskostenzuschüsse für Kindertagesstätten städtischer Träger 9.549.633 EUR

- | | |
|-----------------------------------|---------------|
| 1. Angebotsveränderungen | 3.042.183 EUR |
| 2. Neubau und Planungskosten | 5.807.450 EUR |
| – Feuerbach: Hohewart | |
| – Ost: Raitelsberg | |
| – Wangen: Ravensburger Straße | |
| – Bad Cannstatt: Krefelder Straße | |
| 3. Budget Standortsuche | 700.000 EUR |

II Investitionen und Betriebskostenzuschüsse für Kindertagesstätten freier Träger 22.459.054 EUR

- | | |
|--|---------------|
| 1. Angebotsveränderungen | 5.264.090 EUR |
| 2. Neubau | 8.153.240 EUR |
| – Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik Möhringen e.V. | |
| – Die Lichtstube, Schülerhort, Ost | |
| – Weraheim, Kirchliche Stiftung Zufluchtsstätten, Mitte | |
| – Montessori Kindergarten, MTV Stuttgart, Nord | |
| – Evangelische Kirchengemeinde, Kindergarten Stuttgart-Vaihingen | |
| – Kath. Kinderhaus Gallenklinge, Nittelwaldstr. 15 | |
| – Evang. Kirchenpflege Stuttgart, Kindergarten Gablenberg | |
| – Eltern-Kind-Zentrum e.V., Ludwigstr. 41-43, 70176 Stuttgart | |
| 3. Neue Träger | 3.466.324 EUR |
| – Sportvg. Feuerbach, Triebweg 85 | |
| – Waldorf-Initiative IBIS, Hallschlag | |
| – Trägerverein Freie Aktive Schule e.V., Bopseräcker 33 | |
| – Die Stadtpiraten e.V., Augustenstr. 127 | |

- Frauenunternehmen ZORA
- Kita Wernhalde, Wernhaldenstr. 66
- 4. Horte an Schulen 267.700 EUR
- 5. Budget für weitere Angebotsveränderungen 3.200.000 EUR
- 6. Betriebskindergarteneinrichtungen 3.107.700 EUR



Muhterem Aras



Werner Wölfle

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Betreff

Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 08

Investitionen in Wohnungsbau

I Sozialwohnungen und Belegungsrechte

Immer mehr Sozialwohnungen fallen aus der Belegungsbindung. Um dieser Entwicklung entgegenzutreten, wollen wir mehr Fördermittel dafür einsetzen.

Wir beantragen daher:

Für den Bau von 70 Sozialwohnungen jährlich 2,1 Mio. EUR

4.200.000 EUR

Für den Ankauf von Belegungsrechten (50 WE insgesamt)

1.200.000 EUR

II Energieprogramm

Für die Weiterführung des Energieeinsparprogramms

beantragen wir

2,3 Mio. EUR p.a.

4.600.000 EUR



Muhterem Aras



Werner Wölfle

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion <i>Bündnis 90 / DIE GRÜNEN</i>
Betreff Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 09 Investitionen in Stadterneuerungsmaßnahmen

Brachflächen gibt es überall, auch im Öffentlichen Raum. In der Innenstadt sieht man dies deutlich an den Straßenräumen in der Tübinger Straße mit dem anschließenden Stück der Eberhardstraße und der Sophienstraße. Im Hospitalviertel sind die Plätze eher Parkplätze als städtische Plätze und im Leonhardsviertel sitzt mittendrin ein Parkhaus, das dort auch fehl am Platz ist. Die Hauptstätter Straße zwischen Marienplatz und Gebhard-Müller-Platz braucht keinen Tunnel, aber mehr Bäume und mehr Überwege.

Zentrale Treffpunkte für Jugendliche in Mitte und Rot sind in einem schlechten Zustand und müssen saniert oder erneuert werden, denn die Stadt lebt von den gemeinsamen Treffpunkten, ob im Haus oder vor dem Haus.

- | | |
|---|----------------------|
| 1. Innenstadtbereich | 4.500.000 EUR |
| Umgestaltung des Straßenraums in eine gemeinsam genutzte Fläche und Aufwertung des öffentlichen Raums Tübinger Straße von der Eberhardstraße bis zur Paulinenbrücke, in der oberen Marienstraße und der dazwischen liegenden Sophienstraße. | |
| 2. Hospitalviertel | 2.734.000 EUR |
| – Umgestaltung des Platzes vor der Hospitalkirche | 734.000 EUR |
| – Sanierung Jugendhaus Mitte | 2.000.000 EUR |
| 3. Leonhardsviertel | 100.000 EUR |
| – Planung der Umnutzung des Züblin-Parkhausareals nach 2011 | |
| 4. Hauptstätter Straße, B14 | 900.000 EUR |
| Verbesserungsmaßnahmen, zusätzliche Bäume, Überwege | |
| 5. Autofreier Marktplatz Bad Cannstatt | 80.000 EUR |
| Falls das Rathaus in Bad Cannstatt saniert wird, muss der Platz von einem Parkplatz zu einem autofreien Marktplatz umgestaltet werden. | |

Muhterem Aras

Muhterem Aras

Werner Wölfl

Werner Wölfl

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Betreff

Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 10

Investitionen in Verkehrsprojekte

Der Augsburger Platz in Bad Cannstatt ist eine verkehrstechnische Katastrophe. Heute führen fehlende Wendemöglichkeiten zu künftig vermeidbarem Verkehr auf der Waiblinger und Nürnberger Straße sowie den angrenzenden Wohngebieten. Durch den Bau von zwei Wendern – auf der Ost- und Westseite des Augsburger Platzes – lassen sich die um den Augsburger Platz liegenden Gebiete von Lärm, Feinstaub und Abgasen entlasten. Die vorgelegten verkehrlichen Untersuchungen sprechen Bände. Die Wender müssen daher gebaut werden.

Sofern die Wirksamkeit der beiden zusätzlichen nördlichen Rampen auch in Relation zu den sicher hohen Kosten nachgewiesen werden kann, stellt der Bau der Wender einen ersten Bauabschnitt dar und ermöglicht eine spätere Ergänzung.

Wir beantragen daher:

Die Ausarbeitung eines Vorentwurfs einschließlich Kostenschätzung und die Untersuchung der Leistungsfähigkeit für den Umbau des Augsburger Platzes mit den Wendern auf der Ost- und Westseite.

50.000 EUR



Muhterem Aras



Werner Wölflé

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Betreff

Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 11

Investitionen in den ÖPNV

Investitionen in den öffentlichen Personennahverkehr sind gut für das Klima, die Luft und den Lärmschutz. Dazu gehören Vorfahrtsregelungen für die Busse und barrierefreie Haltestellen für die Kunden. Beides dient dazu, den ÖPNV attraktiver zu machen. Ein attraktiver ÖPNV ist ein schneller und gut erreichbarer ÖPNV.

Wir beantragen daher:

- | | |
|---|----------------------|
| 1. Maßnahmen zur Beschleunigung der Busse auf den Innenstadtlinien 44, 92, 42 | 400.000 EUR |
| 2. Maßnahmen zur Beschleunigung der Buslinien 71 und 72 in Degerloch | 100.000 EUR |
| 3. Einrichtung neuer Buskaps zur Busbeschleunigung im Stadtgebiet | 200.000 EUR |
| 4. Barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen in der Innenstadt | 700.000 EUR |
| 5. Barrierefreier Ausbau der Haltestellen Österreichischer Platz | 1.200.000 EUR |



Muhterem Aras



Werner Wölfl

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion <i>Bündnis 90 / DIE GRÜNEN</i>
Betreff Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 12 Parkraummanagement

Über das Parkraummanagement für den Stuttgarter Westen wurde in den vergangenen Jahren viel gesprochen, untersucht und geschrieben. Obwohl eine breite Mehrheit im Gemeinderat die Parkraumbewirtschaftung befürwortet, wurde bis heute nichts realisiert. Dass Parkraummanagement aus verkehrspolitischen, ökologischen und wirtschaftlichen Gründen sinnvoll und nachhaltig ist, beweisen zahlreiche Großstädte – allen voran München – in ganz Deutschland. Wir in Stuttgart haben diese moderne und urbane Form der Verkehrssteuerung in dicht besiedelten innerstädtischen Quartieren verschlafen. Zur Verbesserung der Verkehrssituation im stark vom Straßenverkehr beeinträchtigten Stuttgarter Westen

beantragen wir deshalb:

1. Die Umsetzung des von der Verwaltung in der GRDRs 257/2009 vorgelegten Konzepts für das Parkraummanagement Stuttgart-West.
2. Um von Beginn an eine größtmögliche Wirksamkeit zu entfalten, ist die gutachterlich vorgeschlagenen Variante 1 umzusetzen.
3. Die Einführung des Parkraummanagements soll schnellstmöglich – spätestens Anfang 2011 – umgesetzt werden.
4. Die notwendigen Investitionen und Stellenschaffungen sind in der – wie in GRDRs 257/2009, Variante 1 errechneten – Höhe vorzunehmen. **4.606.300 EUR p.a.**
5. Planungsmittel für den Bau der Anwohnerparkgaragen Rossbollengässle (2 Mio. EUR) und Friedrich-Eugens-Gymnasium (1,2 Mio. EUR) werden eingestellt. **3.200.000 EUR**
6. Die Erfahrungen für Stuttgart-West sind mit dem Ziel einer flächendeckenden Einführung des Parkraummanagements in den übrigen Innenstadtbezirken, insbesondere Süd, Mitte und Ost, schnellstmöglich zu sammeln und umzusetzen. Hierfür werden Planungsmittel eingestellt in Höhe von **50.000 EUR**

Muhterem Aras

Muhterem Aras

Werner Wölfl

Werner Wölfl

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion <i>Bündnis 90 / DIE GRÜNEN</i>
Betreff Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 13 Investitionen in Parks und Spielplätze

Die Grünanlagen und Spielplätze der Stadt werden intensiv genutzt und man sieht dies auch. Diese Naherholungs- und Bewegungsflächen brauchen immer wieder eine Pflege und eine Erneuerung.

Umso mehr müssen selbst in Zeiten dramatischer Haushaltslage alle Anstrengungen unternommen werden, vorhandene Grün- und Spielflächen in der Innenstadt zu erhalten und zu verbessern. Dazu müssen die knappen Mittel im Haushalt zielgenau eingesetzt werden. Die beiden von der Verwaltung vorgeschlagenen Spielplätze Honigwiesenstraße in Vaihingen und Im Köpfert in Plieningen haben vor diesem Hintergrund nicht die oberste Priorität. Wo Kinder die Möglichkeit haben, auf Grünflächen, Wiesen und Waldränder auszuweichen, kann der Neubau von Spielplätzen noch warten. Stattdessen muss in Sanierung und Erhalt innerstädtischer Grünflächen und Spielplätze investiert werden.

Gerade weil auch fehlendes Grün und fehlende Spielmöglichkeiten für Kinder als häufig genannter Grund beim Wegzug junger Familien aus Stuttgart genannt werden.

Wir beantragen daher:

- | | |
|---|--------------------|
| 1. Sanierung des Stadtgartens und der Karlshöhe | 180.000 EUR |
| 2. Sanierung und Umbau der Spielplätze | 185.000 EUR |
| – Leipziger Platz, West | |
| – Am Hoppenlaufriedhof, Mitte | |
| – Karlshöhe/Steinbruch, Süd | |



Muhterem Aras



Werner Wölfle

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Betreff

Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 14

Investitionen in Ausgleichsmaßnahmen U12

Die U12 soll den Hallschlag mit der Innenstadt verbinden. Im Ausschuss für Umwelt und Technik wurde am 13.10.2009 die Planung vorgestellt. Bei der ursprünglichen Planung war nicht vorgesehen, den Öffentlichen Raum, der die Stadtbahn begleitet, ausreichend zu gestalten und ihn zu verbessern. Die Planung vom Februar 2009 sieht zusätzliche Verbesserungen vor, u.a. mehr Bäume und breitere Gehwege. Dies ist dringend notwendig, da die Straße, die in den Hallschlag führt, nicht weiter eine reine, graue Verkehrsachse sein darf. Die Straße ist der Auftakt und der Eingangsbereich in den Hallschlag. Der Ausschuss für Umwelt und Technik hat sich auch mehrheitlich für die Umsetzung dieser Maßnahmen ausgesprochen.

Wir beantragen daher:

Städtische Begleitmaßnahmen im Rahmen des Baus der U12 durch Vergrößerung der Seitenbereiche und Bepflanzungen.

Auf Grundlage des Berichts im Ausschuss für Umwelt und Technik am 13.10.2009, „Planung Verbesserung Stand 2/2009“, werden die vorgeschlagenen Maßnahmen zwischen Löwentorstraße und Hallschlag umgesetzt:

- | | |
|---|----------------------|
| 1. Abschnitt Löwentorbogen – Züricher Straße | 1.000.000 EUR |
| 2. Abschnitt Züricher Straße – Sparrhärmlingweg | 400.000 EUR |
| 3. Abschnitt Sparrhärmlingweg – Auf der Steig | 200.000 EUR |



Muhterem Aras



Werner Wölfle

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Betreff

Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 15
Investitionen in Sportanlagen

Damit der Ansatz „Integration durch Sport“ nicht zu einem reinen Lippenbekenntnis verkommt, braucht man Institutionen und vor allem Menschen, die diesen Grundsatz mit Leben erfüllen. Beim Turnerbund Bad Cannstatt e.V. und beim FC Stuttgart-Cannstatt e.V. (ehemals TSV Hilalspor) haben sich Menschen gefunden, denen es wichtig ist, durch den Sport „die Begegnung von Menschen verschiedenster Kulturen zu fördern und gemeinsame Fremdheitsgefühle und Ängste abzubauen“. Die Kooperation des schwäbischen Traditionsvereins und des türkischen Migrantenvereins kann durchaus als beispielhaft angesehen werden. Damit diese Kooperation erfolgreich weitergeführt werden kann,

beantragen wir

Die Umwandlung des Tennenplatzes des TB Bad Cannstatt
in einen Kunstrasenplatz

490.000 EUR



Muhterem Aras



Werner Wölfle

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion <i>Bündnis 90 / DIE GRÜNEN</i>
Betreff Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 16 Klimaschutz: Energie sparen und erzeugen

Klimaschutz ist Energiesparen ist gleich Geld sparen. Dazu braucht es nicht viel: Jemanden der darauf achtet, dass nicht zuviel Energie gebraucht wird und die Maßnahmen plant, die den Energieverbrauch senken und dann die Maßnahmen umsetzt, die Energie sparen. Hinzu kommt noch, dass auf eigenen Dächern Energie, sprich Strom aus Photovoltaik, hergestellt werden kann. Dafür ist die Gelegenheit gerade günstig, denn an unseren Schulen werden einige Dächer saniert. Die Gerüste sind also da, die Handwerker vor Ort, die Leistung schnell erbracht. Gleichzeitig zeigen wir unseren Kindern, wie ihre Schule auch einen Beitrag zum Klimaschutz leistet, aktiv und passiv. Und als Vorbild im Klimaschutz soll die Stadt ab 2011 nur noch Ökostrom beziehen.

Wir beantragen daher

- 1. Stadtinternes Contracting: 2.500.000 EUR**
 Aufstockung des stadtinternen Contractings, um damit die Neuinstallation von PV-Anlagen auf Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden durchzuführen:
- 2. 100 Prozent Ökostrom 600.000 EUR**
 Strombezug der Stadt Stuttgart: 100 Prozent Ökostrom ab dem 01.01.2011.
 Voraussichtliche Mehrkosten: 600.000 EUR.
- 3. Energiemanagement 2 Stellen**
 Selbstfinanziert und kostenneutral.
 (siehe Antwort der Verwaltung auf Antrag 191/2009)



Muhterem Aras



Werner Wölfle

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Betreff

Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 17

Stadt am Fluss: Neckar erlebbar machen

Der Begriff „Stadt am Fluss“ ist inzwischen so alt, dass genügend Zeit gewesen wäre, die Stadt wirklich an den Fluss zu holen. Stattdessen gelang es nur rudimentär, an einigen Stellen den Neckar in dieser Stadt erlebbar zu machen.

Es gibt genügend Flächen entlang des Neckars, die auch Ausgleichsflächen sein könnten, die endlich in Planung und dann in Umsetzung gehen müssten. Ohne Planung kann auch keine Bundes-Förderung für solche Maßnahmen beantragt werden.

Wir beantragen daher

200.000 EUR

Zur Planung der Renaturierung des Neckarufers an folgenden Stellen:

1. Neckarufer Hofen, Auwiesen
2. Neckarufer Austraße
3. Neckarufer zwischen Rupert-Mayer-Brücke und Neckarviadukt
4. Wasenufer, König-Karl-Brücke



Muhterem Aras



Werner Wölfle

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion <i>Bündnis 90 / DIE GRÜNEN</i>
Betreff Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 18 Neue Bäume braucht die Stadt

Bäume in der Stadt sind wichtig: sie filtern Staub, kühlen die Luft, spenden Schatten und produzieren Sauerstoff. Und sie sehen auch noch schön aus! Dies alles leisten sie oft nicht unter den besten Bedingungen, im Gegenteil: Häufig stehen sie dicht an Straßen oder inmitten versiegelter Flächen. Der Bestand der Straßenbäume (ca. 35.000) und der Parkbäume (ca. 65.000) muss deshalb regelmäßig erneuert und gepflegt, gefälltete Bäume müssen ersetzt werden. Darüber hinaus sieht die Maßnahme M29 des Luftreinhalte- und Aktionsplans Stuttgart Neupflanzungen von Bäumen entlang von Straßen vor. Bisher wurde diese Maßnahme allerdings nur unzureichend umgesetzt.

Wir beantragen daher:

Die Umsetzung folgender Maßnahmen zu „Grün an den Straßen“:

- | | |
|---|--------------------|
| 1. Neue Baumstandorte Mitte, 1. Bauabschnitt "Feinstaubbäume" | 150.000 EUR |
| 2. Rotebühlstraße, West, Baumkonzept, 1. Bauabschnitt | 150.000 EUR |
| 3. Freihofstraße u.a., Stammheim, zusätzliche Baumstandorte im Zuge des Stadtbahnbaus | 50.000 EUR |



Muhterem Aras



Werner Wölflé

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Betreff

Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 19

Ausgleich nicht erst in der Verlängerung: Ausgleichsflächen anlegen

Wer baut und Fläche versiegelt, muss diesen Eingriff in die Natur auch wieder ausgleichen. So steht es im Gesetz. Leider wurde in der Vergangenheit immer so schnell gebaut, dass man mit der Planung und dem Anlegen von Ausgleichsflächen nicht hinterher kam. Flächen wurden auch immer nur unwillig als Ausgleichsfläche zur Verfügung gestellt. Die Ausgleichszahlungen sammelten sich auf einem Ökokonto an, das aber keine Zinsen abwirft. Deshalb ist es notwendig, endlich die benötigten Ausgleichsflächen zu planen und anzulegen.

Wir beantragen daher:

- | | |
|---|--------------------|
| 1. Renaturierung des Schnatzgrabens im Rappach, Giebel | 296.000 EUR |
| 2. Entsiegelung von Lagerplätzen, neue Pflanzmaßnahmen und ökologische Aufwertung an der Gerlinger Straße, Weilimdorf | 137.000 EUR |
| 3. Sicherung trockenwarmer Biotoptypen und alter Weinbergmauern in der Wernhalde, Stuttgart-Süd | 32.000 EUR |



Muhterem Aras



Werner Wölflé

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Betreff

Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 20

Mit dem Rad auf den Berg und durchs Tal: Radverkehrsnetz ausbauen

Eine Steigerung des Radverkehrsanteils in Stuttgart ist nur durch den Ausbau einer guten Infrastruktur und sicheren und geradlinigen Radrouten möglich. Ein funktionierendes Stuttgarter Radkreuz kann den Radverkehr stärken und mehr Radverkehr generieren.

Zu diesem neuen Radkreuz gehört der Tallängsweg (Route T), der ergänzt wird durch die Querung nach Degerloch (Routen 5, 6) und durch die Verbindung Innenstadt-Hölderlinplatz-Kräherwald, z.B. durch einen Radstreifen in der Zeppelinstraße.

Diese Radwege müssen sicher sein und kurze Verbindungen darstellen. Deshalb muss auch die Route nach Degerloch nicht durch den dunklen Wald, sondern entlang der aussichtsreichen Neuen Weinsteige führen. Damit hätte man mit den beiden Berg- und der Talstrecke die Grundlage für ein ordentliches Radverkehrsnetz geschaffen.

Damit auch Kinder an das Fahrrad als alltägliches Verkehrsmittel hingeführt werden, ist es notwendig das Fahrrad im Schulalltag zu stärken. Dazu gehören sichere Schulwege und Abstellmöglichkeiten an der Schule selbst.

Wir beantragen daher:

- | | | |
|-----------|----------------------------------|----------------------|
| 1. | Pauschale Radverkehr | 1.110.000 EUR |
| 2. | Ausbau der Hauptradrouten | 1.100.000 EUR |

Damit sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- | | | |
|-----------|---|--------------------|
| | <ul style="list-style-type: none"> a) Ausbau der Hauptradroute Tallängsweg (Route T) b) Ausbau Hauptradroute Innenstadt-Degerloch-Möhringen (Route 5/6/7), insbesondere im Abschnitt Neuen Weingsteige von Etzelstraße bis Degerloch, ergänzt durch die Verbindung Innenstadt-Hölderlinplatz-Kräherwald | |
| 3. | Mit dem Rad an die Schule | 500.000 EUR |
| | <ul style="list-style-type: none"> a) Ausbau der unbedachten Radabstellanlagen an Schulen. b) Beseitigen von Sicherheitsmängeln auf den Radwegen zu den Schulen. | |

4. Verstärkung der Abteilung Radverkehrsplanung

1,0 Stellen

Zuordnung einer Stelle des Tiefbauamtes Abteilung Straßenverkehrsplanung zur Radverkehrsplanung zur Aufstockung der direkt dem Radverkehr zugeordneten Stellen.



Muhterem Aras



Werner Wölfe

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion <i>Bündnis 90 / DIE GRÜNEN</i>
Betreff Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 21 Lärmschutzmaßnahmen

Der Ausschuss für Umwelt und Technik hat 1998! die Aufstellung eines Lärminderungsplans für Zuffenhausen beschlossen, weil die Voraussetzungen nach § 47a Bundes-Immissionsschutzgesetz vorlagen:

„Im Stadtbezirk Zuffenhausen befindet sich eine Vielzahl hoch belasteter Verkehrswege, die zum Teil von überregionaler Bedeutung sind. Dies gilt insbesondere für die Ortsdurchfahrt im Zuge der Bundesstraßen 10 und 27 sowie die Bahntrasse, die zudem eine starke Trennwirkung auf den Stadtteil ausüben. Auch die städtischen Hauptverkehrsstraßen weisen ein hohes Verkehrsaufkommen auf. Dadurch sind die Wohngebiete Zuffenhausens flächendeckend hohen Lärmbelastungen ausgesetzt.“

Daran hat sich bisher nichts geändert.

Für die Maßnahme 5: Erhöhung der Lärmschutzbauwerke an der B 10/27 wurden bei den letzten Haushaltsberatungen 200.000 EUR Planungsmittel eingestellt. Jetzt ist die Maßnahme umsetzungsreif.

Wir beantragen:

Erhöhung der Lärmschutzwand B 10/27 in Zuffenhausen

2.000.000 EUR



Muhterem Aras



Werner Wölflé

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion <i>Bündnis 90 / DIE GRÜNEN</i>
Betreff Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 22 Soziales: Solidarische Stadtgesellschaft

Der mit den letzten Haushaltsplanberatungen begonnene Prozess, sich auch in unserer reichen Stadt mit dem Thema Armut zu beschäftigen, hat zu vielfältigen Aktionen, zentral wie dezentral geführt. Wir begrüßen all diese Aktionen und dürfen uns auch ganz herzlich bei den Initiatoren bedanken.

Dieser Prozess der Armutsbekämpfung muss aber weitergehen. Wir halten deshalb die Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen für 0- bis 6-Jährige in besonders belasteten Stadtgebieten zu „Zentren der frühen Bildung“ für Kinder und Eltern auszubauen für den zentralen Ansatz, Armut auch nachhaltig über Bildung zu verändern. Wir greifen deshalb den Vorschlag der Verwaltung auf, modellhaft in 20 Stuttgarter Kindertageseinrichtungen in sozial belasteten Stadtgebieten, in welchen sehr viele bonuscardberechtigte Kinder sowie Kinder mit Migrationshintergrund betreut werden, zu „Zentren der frühen Bildung“ auszubauen.

Wir beantragen:

Die 20 modellhaften Einrichtungen erhalten 10.000 EUR pro Jahr für Elternbildungsaktivitäten und zusätzlich weitere 10.000 EUR, um die Personalausstattung in den Kindertageseinrichtungen den zusätzlichen Aufgaben anzupassen.



Muhterem Aras



Werner Wölfle

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Betreff

Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 23

Soziales: Stärkung von Familien in Stuttgart; Kinderschutz

Wesentliches Merkmal für eine lebenswerte und liebenswerte Stadt ist das Wohlergehen der Menschen in dieser Stadt, der Familien und ihrer Kinder.

Die bisher schon bestehenden vielfältigen Angebote der unterschiedlichen Dienstleister in Stuttgart sind und waren mit ein Garant dafür, dass die Menschen dieser Stadt sie bisher so positiv beurteilt haben. Gleichzeitig muss aber auch festgestellt werden, dass besonders im Bereich der frühen Förderung von Familien ein großer Handlungsbedarf besteht.

Wir sind deshalb der CDU-Gemeinderatsfraktion sehr dankbar, dass sie in den letzten Haushaltsplanberatungen die Initiative ergriffen hat und von der Verwaltung ein Konzept zum Thema „Frühe Förderung von Familien“ erbeten hat. Dieses Konzept liegt nun vor und würde uns auch einen großen Entwicklungsschritt unserem Ziel entgegenbringen, ein Netz für Kinder und Familien in dieser Stadt zu spannen.

Wir beantragen:

1. „Frühe Förderung von Familien“

900.000 EUR

Das Konzept „Frühe Förderung von Familien“ (GRDRs 592/200) ist 2010 in Stuttgart umzusetzen. Die Verwaltung legt bis zur 1. Lesung einen Kostenplan für die Umsetzung des Gesamtkonzeptes vor.

2. Kinderschutz

13 Stellen

Zu diesem Konzept „Frühen Förderung von Familien“ in Stuttgart, gehört die konkrete Hilfe für Familien in Kinderschutzfragen wie in der Vorlage GRDRs 174/2009 beschrieben. Stark gestiegene Fallzahlen in den letzten Jahren, und besonders neue gesetzliche Vorgaben machen eine bessere Personalausstattung in den Beratungszentren unserer Stadt zwingend. Hierfür sind 13 Stellen für den Allgemeinen Sozialdienst in Stuttgart zu schaffen.

3. Kinderschutzkonzeption des Klinikums

3,5 Stellen

Die im Rahmen der GR Drs 174/2009 vorgelegte „Kinderschutzkonzeption“ des Klinikums Stuttgart - Olgahospital wird unsererseits nachhaltig begrüßt. Diese Weiterentwicklung, neben den ärztlichen, pflegerischen und therapeutischen Schwerpunkten der Klinik künftig auch die Leistung des Kinderschutzes als essentiellen Versorgungsauftrag des Klinikums zu definieren, wird unsererseits unterstützt. Hierfür beantragen wir die Schaffung von 3,5 Stellen für das Olgahospital.

4. Frauenhäuser und Beratungsstellen

Die Zahl der von Gewalt betroffenen Frauen und ihrer Kinder, die direkte Hilfe und Schutz in den Frauenhäusern und ihren Beratungsstellen suchen, steigt in den letzten Jahren kontinuierlich an. Außerdem hat die Komplexität der Beratungssituationen deutlich zugenommen. Grund dafür sind neben der Enttabuisierung des Themas „Häusliche Gewalt“ auch mehrere rechtliche Änderungen. Die Stellenausstattung ist jedoch seit 1990 unverändert geblieben.

Wir beantragen:

für die Frauenhäuser
für die Frauenberatungsstellen
für die Fraueninterventionsstelle

2 Stellen
0,75-Stelle
1 Stelle



Muhterem Aras



Werner Wölfle

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Betreff

Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 24

Klinikum: unser Ölgäle

I Kreditermächtigung / Höchste Priorität für Palliativstation

Da die Investitionen in dringend notwendige neue Medizingerätetechnik sowie die Einrichtung einer Palliativstation nicht durch die Fallpauschalen der Kostenträger finanziert werden und sich das Land aus der gesetzlich vorgeschriebenen Finanzierung von Großgeräten zurückgezogen hat, sind die Krankenhausträger gezwungen, ihren Krankenhäusern Investitionszuschüsse zu gewähren. Bis vor vier Jahren bewilligte die Stadt noch einen jährlichen Zuschuss von 6,5 Mio Euro mit dem das Klinikum Großgeräte beschaffen konnte. Seit dem erhält es lediglich eine Kreditermächtigung von der Stadt, die für den Haushalt 2010/11 erneuert werden muss.

Wir beantragen:

1. Dem Klinikum wird eine Kreditermächtigung eingeräumt über 25.000.000 EUR. Diese wird zur Teilfinanzierung der nachweislich notwendigen Großgeräte für das Klinikum in Höhe von 44 Mio. EUR zweckgebunden.
2. Für die Einrichtung einer Palliativstation erfolgt eine Teilzweckbindung in Höhe von 500.000 EUR. Die Maßnahme hat höchste Priorität.
3. Bisher werden die Zinszahlungen für diesen Kredit bei der Betrachtung der schwarzen Null nicht angerechnet. Zukünftig wird mit den Tilgungsraten ebenso verfahren, um die Eigenkapitalquote des Klinikums von zurzeit 5 Prozent nicht unter diesen Wert sinken zu lassen.

II Olgahospital

Das Olgahospital ist das Flaggschiff der Pädiatrie in Deutschland. Sein ‚alles unter einem Dach‘ hat immer noch Modellcharakter. Die hohe medizinische Qualität mit ihrer Diversifizierung in die verschiedenen Fachdisziplinen galt und gilt als hohes Gut, das erhaltenswert ist. Darüber hinaus wird der Mehraufwand der stationären Behandlung von Kindern in den DRG-Pauschalen für die Pädiatrie nicht ausreichend berücksichtigt und muss von der Erwachsenenmedizin quersubventioniert werden.

Ein externer Gutachter hat nun errechnet, dass der daraus resultierende Sockelbetrag 5 Mio. EUR beträgt. Dieser ließe sich nur durch die weitgehende Aufgabe der ambulanten Versorgung der Kinder im Olgahospital vermeiden.

Wir beantragen:

1. Die Stadt bewilligt einen Sockelzuschuss an das Klinikum von 5.000.000 EUR p.a.
2. Der Sockelbetrag wird um die Ergebnisse der Verhandlungen mit den Krankenkassen über eine Erstattung der ambulanten Leistungen des Olgahospitals nach § 120 bzw. mit der Kassenärztlichen Vereinigung über eine Erstattung aus dem Budget für ambulante Leistungen jeweils reduziert. Die Ergebnisse des extern begleiteten Projekts am Olgahospitals, die in den Jahren 2010 und 2011 wirksam umgesetzt werden können, reduzieren ebenfalls den Sockelbetrag.



Muhterem Aras



Werner Wölfle

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Betreff

Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 25

Personalgänzungsmaßnahmen

In den letzten Haushaltskonsolidierungen wurde in vielen Bereichen besonders beim Personal gekürzt. Unstrittig scheint dieses Mal, dass dieser Weg nicht weiter gegangen werden kann. Durch die vergangenen Reduzierungen haben sich in einigen Bereichen deutliche Personalengpässe ergeben, die zu Lasten nicht nur des betroffenen Personals, sondern auch der Bürger geht, wenn sie länger auf Bewilligungen wie z.B. bei der Bearbeitung des Wohngelds warten müssen.

1. Wohngeldgewährung

10 Stellen

Wir beantragen die Schaffung von 10 Stellen für Wohngeldgewährung (GRDRs 883/2008)

2. Schulsekretariate

468.240 EUR

Durch deutlichen Aufgabenzuwachs sind zusätzliche Stellenanteile gerechtfertigt, die zu Mehrkosten in Höhe von 468.240 EUR führen.

3. Auszubildende

Trotz knapper Kassen muss die Stadt sich um qualifiziertes Personal kümmern. Die Zahl der Ausbildungsplätze darf nicht reduziert werden. Für die Übernahme von Auszubildenden gilt die Regel, dass sie nur zu 75 Prozent übernommen werden.

Wir beantragen:

In besonders zu begründenden Fällen kann von dieser Regel abgewichen werden und die Auszubildenden können zu 100 Prozent übernommen werden.

4. Interkulturelle Öffnung der Ausländerbehörde

In der umfangreichen Vorlage 651/2009 wird geschildert, wie sich die Ausländerbehörde zu einer „Integrationsagentur“ wandeln könnte. Dies wird von uns mit Begeisterung unterstützt. Wir werden daher alles unterstützen, was Herr Oberbürgermeister Schuster zur Realisierung dieser guten Absicht vorschlägt. In der Drucksache selbst steht dies leider noch nicht.

5. Freiwilligkeitsleistungen

Auch diese Runde der Haushaltskonsolidierung wird zusätzliche Belastung für das Personal bedeuten. Wir wollen deshalb auf weitere Einschränkungen von Freiwilligkeitsleistungen wie bei Pensionärs- und Jubilarfeiern verzichten.

6. Stellenschaffungen

Über weitere Stellenschaffungen, wie z.B. im Zusammenhang mit dem Sonderinvestitionsprogramm, werden wir im Lauf der Beratungen gegebenenfalls noch Anträge stellen müssen.



Muhterem Aras



Werner Wölfle

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Betreff

Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 26

Kultur streichen tut weh

Es werden in diesem Doppelhaushalt keine neuen institutionellen Förderungen begonnen, keine neuen Institutionen finanziert.

Die Vorschläge von Referat Kultur, Bildung und Sport (KBS) werden mitgetragen, soweit die Einrichtungen nicht in ihren Grundlagen gefährdet sind.

Den Einrichtungen wird ermöglicht, ihren Kürzungsbeitrag für das Jahr 2010 in doppelter Höhe im Jahr 2011 zu erbringen, wenn sie für 2010 schon bindende Verpflichtungen eingegangen sind.

Wir beantragen im Einzelnen:

1. Zentrum für Film und Theater

-150.000 EUR

Die Konzeption Zentrum für Film und Theater (AMBO) wird nicht weiter verfolgt. Stattdessen wird die Verwaltung beauftragt, eine separate Lösung für das Kommunale Kino vorzulegen. Die Lösung für das Kommunale Kino sollte in Zusammenarbeit mit Programmkinomachern in Stuttgart erarbeitet werden. Dadurch lassen sich 150.000 EUR einsparen, bis ein Konzept vorliegt.

2. Planetarium

- 5.000.000 EUR

Dem Wunsch des Oberbürgermeisters entsprechend, keine Interimsinvestitionen für das Planetarium zu tätigen, wird keine Sanierung des Planetariums in Angriff genommen. Besonders auch deswegen nicht, weil die Bahn keinen Zeitplan für die Bauarbeiten zu Stuttgart 21 vorlegen kann.

Die im Haushalt eingestellten Mittel in Höhe von 5 Mio. EUR stehen für andere Investitionen zur Verfügung.

3. Kulturbetrieb

-115.000 EUR

Die Verwaltung wird beauftragt, im Bereich Publikationen, Kulturamt, Preise, Auszeichnungen, Ehrungen und Vortragsreihen Streichvorschläge vorzulegen.

4. Jazz Förderung

- 10.000 EUR

Die Förderung im Bereich ist vielfältig, aber kleinteilig. Wir sehen ein Einsparvolumen von 10.000 EUR. Die Verwaltung erarbeitet eine entsprechende Vorlage.

5. Die folgenden Streichungen tragen wir nicht mit:

a)	Bücherbus fährt wie bisher	185.000 EUR p.a.
b)	Stadtbüchereien bleiben auch in den Ferien geöffnet	112.000 EUR p.a.
c)	Eurythmeum Kürzung nur um 5 Prozent	47.500 EUR p.a.
d)	Theater in der Badewanne Teilbetrag Festival	5.000 EUR p.a.
e)	Literaturblatt Förderung bleibt	4.300 EUR p.a.
f)	Kammerorchester Kürzung nur um 5 Prozent	40.000 EUR p.a.
g)	Bachakademie Musikfest Kürzung reduzieren um	45 000 EUR p.a.
h)	Musik der Jahrhunderte, Eclat Kürzung nur um 25 Prozent	40.000 EUR p.a.
i)	Soziokulturelle Zentren keine Kürzung	20.000 EUR p.a.
j)	Jugendarbeit in der Kirchenmusik Reduzierung der Kürzung	27.000 EUR p.a.

6.) Wir beantragen folgende zusätzliche befristete Förderungen auf 2 Jahre

a)	Forum Theater gGmbH Projektförderung	60.000 EUR p.a.
b)	Rosenau Kultur e.V. Projektmittel, Personalkosten, künstlerischer Betrieb	77.000 EUR p.a.
c)	Bix Förderung Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Neuordnung der Mittelvergabe für den Bereich Jazzförderung zu erarbeiten, siehe Punkt 4.	50.000 EUR p.a.
d)	Popbüro Projektmittel zus. für Ausbau von Schüler- / Jugendbands	20.000 EUR p.a.
e)	Mupädi Ausbau der Vermittlungsarbeit und Anpassung Honorarsätze: Finanzierung durch Stadtmuseums-Stab	56.150 EUR p.a.
f)	musikalische Breitenarbeit (GRDRs 387/2009)	15.000 EUR p.a.
g)	Produktionszentrum Tanz und Performance e.V. Aufstockung der Projektmittel	14.000 EUR p.a.

7. Volkshochschule

Entschuldung	560.000 EUR
sowie Reduzierung des Kürzungsbetrags um Deckungsvorschlag siehe Antrag Nr. 02	150.000 EUR



Muhterem Aras



Werner Wölfle

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion <i>Bündnis 90 / DIE GRÜNEN</i>
Betreff Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 27 „Kultur für alle“ statt „Kultur im Rathaus“

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben umfasst die Teilhabe an Kultur: Kunst- und Kulturveranstaltungen sind Orte und Anlässe, bei denen sich alle Bürger treffen. Nicht teilnehmen zu können grenzt aus.

Ein unterstützenswertes Projekt des Runden Tisches „Kultur für alle“ der Bürgerstiftung Stuttgart, die „Bonuscard + Kultur“ wirkt dieser Ausgrenzung entgegen.

Wir beantragen:

Die Stadt Stuttgart unterstützt die „Bonuscard + Kultur“ über eine Anschubfinanzierung in den nächsten drei Jahren mit einem Betrag von jährlich

15.000 EUR

Als Gegenfinanzierung schlagen wir die derzeit für die Reihe „Kultur im Rathaus“ vorgesehenen Haushaltsmittel vor.



Muhterem Aras



Werner Wölfle

Haushaltsantrag vom 20.10.2009	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion <i>Bündnis 90 / DIE GRÜNEN</i>
Betreff Haushalt 2010/11 Antrag Nr. 28 Jedem Haus ein Instrument

Jedem Kind sein Instrument ist ein Ziel und ein Programm des Landes Nordrhein-Westfalen, das über die Landesgrenzen von NRW hinaus bekannt geworden ist. Die ersten Erfahrungen werden evaluiert und sind nicht auf kommunale Initiativen übertragbar, so sehr wir die Intention begrüßen.

Was wir aber als Stadt leisten können, ist, dafür zu sorgen, dass in jedem Kindergarten und in jedem Hort ein Instrumentarium zur Verfügung steht. Wir wissen, dass gebrauchte, aber auch neue Instrumente, hier besonders Klaviere, zu günstigen Konditionen auf dem Markt zur Verfügung stehen.

Wir wissen auch, dass ein Klavier in vielen Einrichtungen sofort genutzt werden wird und sind überzeugt, dass sich Erzieherinnen und Erzieher, Eltern und – ähnlich wie bei den Vorlesepaten – auch Musikliebhaber finden werden, auf den Instrumenten zu musizieren. Wir wollen, dass Kinder früh mit Musik in Berührung gebracht werden.

Wir beantragen daher:

Im Haushalt wird ein Betrag von 50.000 EUR zum Ankauf von neuen oder gebrauchten Instrumenten für Einrichtungen zur Verfügung gestellt. In diesem Betrag sind die Kosten für 20 Instrumente, je eine Stimmung nach Lieferung und ein Jahr danach vor Ort sowie der Transport in die Einrichtungen zu finanzieren.

Die Erfahrungen aus diesen Einrichtungen werden evaluiert und zum nächsten Haushalt vorgelegt.



Muhterem Aras



Werner Wölfle